

„Wir hinken 20 Jahre hinterher“

Ex-Soldat: Die Betreuung wird vernachlässigt

Der tödliche Unfall auf der Gorch Fock und der Schießunfall in Afghanistan haben meiner Ansicht nach strukturell nichts mit der geöffneten Feldpost zu tun. Dass die Themen gleichzeitig diskutiert werden, hat mit dem Wehrbeauftragten des Bundestages, Hellmut Königshaus, zu tun. Er hat den Verteidigungsausschuss informiert und auf mögliche Missstände hingewiesen, was zu seinen Aufgaben gehört.

Die Bundeswehr hat allerdings seit langem bei einigen Themen einen großen Nachholbedarf – beispielsweise bei der Betreuung der Soldaten im Einsatz. Das Kommunikationsproblem haben wir nicht erst, seit unsere Kameraden in Afghanistan sind. Schon bei den ersten Auslandseinsätzen in Somalia und Kambodscha konnten Soldaten nicht genügend mit Angehörigen telefonieren.

Ich erinnere mich an einen Besuch des Verteidigungsministers Rudolf Scharping in Bosnien, als er zu Weihnachten 1998 den dort Stationierten Telefonkarten im Wert von 25 Deutschen Mark mitgebracht hat, um die hohen Telefonkosten zu senken. Schon damals waren die Systeme anderer Nationen unseren überlegen.

Als ich dann 2006 in Afghanistan war, gab es ähnliche Schwierigkeiten. Die belgischen Kameraden, die mit uns in Kundus waren, konnten jeden Abend via Diensthandy oder Internetanschluss mit ihren Angehörigen kommunizieren. Da fragt sich der deutsche Soldat: Warum ist das in der Bundeswehr nicht zu schaffen? Dass solch lange bekannten Missstände nicht schneller behoben werden, dafür sind die kopflastige Bürokratie und veraltete Strukturen verantwortlich. Hier sind die Abläufe nicht immer flexibel und häufig sehr langsam. Das ist heutzutage unangemessen.

Die Hürden müssen weg

Wenig verständlich ist, dass das Verteidigungsministerium unter verschiedenen Ministern daran wenig geändert hat. Es wird einerseits immer wieder gesagt, Schutz und Ausbildung, Fürsorge und Betreuung der Soldatinnen und Soldaten habe während und nach dem Auslandseinsatz Priorität. Andererseits bleiben die bürokratischen Hürden bestehen. Das ist ein Mangel, der schnell behoben werden muss. Ich hoffe, die Bundeswehrreform von Minister Karl-Theodor zu Guttenberg hilft dabei. Allerdings gibt es bisher nur Absichtserklärungen. Die kommenden Monate werden zeigen, ob sich der Verteidigungsminister durchsetzen kann. Das wäre wünschenswert und notwendig.

Vor allem bei der Betreuung der Soldaten nach den Einsätzen liegt einiges im Argen. Zwar hat die Bundeswehr in den vergange-

ZUR PERSON



CAMPUS-VERLAG

Andreas Timmermann-Levanas, Oberstleutnant a. D., Staats- und Sozialwissenschaftler, hat 24 Dienstjahre als Berufsoffizier hinter sich. Er war

Pressesprecher der Isaf-Mission in Afghanistan und davor in Bosnien im Einsatz und hatte Kontakt zu Außen- und Verteidigungsministern. Er überlebte mehrere Anschläge. 2009 musste er die Bundeswehr aus gesundheitlichen Gründen verlassen und gründete die Deutsche Kriegsofferfürsorge, die Wehrdienstbeschädigten und ihren Angehörigen hilft. Das Buch „Die reden – wir sterben“ des 46-Jährigen ist im Campus-Verlag erschienen. ara

nen zehn Jahren dazugelernt. Inzwischen werden Soldaten etwa in ein Reintegrationsseminar eingeladen. Es gibt auch Präventivkuren, in denen sich Rückkehrer drei Wochen stabilisieren können. All das ist aber weit entfernt von dem, was uns andere Nationen vormachen. Die Niederländer sagen, die Deutschen hinken beim Thema Betreuung von Soldaten 20 Jahre hinterher – verglichen mit ihren Einrichtungen.

Besonders für Soldatinnen und Soldaten, die beim Einsatz an Körper oder Seele verletzt wurden, hat sich wenig verändert. Da ist viel geplant, aber noch kein Gesetz erlassen. Betroffene müssen immer noch zwischen 12 und 18 Monate warten, bis ein Antrag auf Wehrdienstbeschädigung beschieden wird. Die Antragsteller benötigen aber eine Anerkennung, sonst steht ihre Erkrankung oder Verletzung nicht fest. Solange dies offen ist, gibt es keine Beschädigten-Rente, keine berufliche Reha oder medizinische Behandlung. In dieser Zeit fallen sie durch alle sozialen Netze.

Ein Skandal ist, dass laut der Bundeswehr seit 1995 von fast 1000 Anträgen auf Anerkennung einer schweren Traumatisierung weniger als ein Drittel genehmigt wurde. Alle anderen sind abgelehnt oder noch nicht beschieden und damit nicht versorgt. Hierbei dürfen Kosten aber keine Rolle spielen, auch wenn es für einen Schwerbeschädigten um eine lebenslange Rentenzahlung gehen kann. Soldatinnen und Soldaten dürfen nicht schlechter gestellt sein als andere Berufsgruppen.

Bei der Betreuung soll nun einiges besser werden. So hat Minister Guttenberg Ende des vergangenen Jahres einen PTBS-Beauftragten benannt. Ein General soll die Situation für Soldaten verbessern, die an einer Posttraumatischen Belastungsstörung leiden.

Aufgezeichnet von Andreas Schwarzkopf